Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2497

22. 01. 79

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1979

hier: Einzelplan 25
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
– Drucksachen 8/2150 Anlage, 8/2317, 8/2419, 8/2470 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Eigentumsbildung im privaten Wohnungsbau verstärkt für kinderreiche Familien zu fördern, insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß kinderreiche Familien und junge Familien zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt als bisher Wohnungseigentum erlangen können,

2. möglichst vielen Mietern, insbesondere den kinderreichen Familien, die hierzu einen entsprechenden Willen bekunden, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Eigenkapitalhilfen und Bürgschaften zum Erwerb ihrer jetzigen Sozialmietwohnung als Eigentumswohnung zur Verfügung zu stellen,

3. die Wohnungswirtschaft bis auf einen für besondere Problemfälle benötigten Mindestbestand unter gezielter individueller Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise schrittweise in die soziale Marktwirtschaft einzubinden, insbesondere

   a) Hemmnisse für private Investitionen abzubauen und damit in unbürokratischer Weise die Wirtschaftlichkeit des freien Miethausbestandes wieder herzustellen,

   b) zur Erzielung tragbarer Mieten und Lasten die Förderung des sozialen Wohnungsbaus bei Wahrung des unbedingt notwendigen Umfanges objektbezogener Förderung stärker auf die subjektbezogene Förderung zu verlagern,

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

4. die verbleibende Objektförderung, die Förderung der Modernisierung, die Maßnahmen für Energieeinsparung sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes, soweit sie nicht in die Städtebauförderung fällt, mehr als bisher aufeinander abzustimmen und zu harmonisieren,

5. in Abstimmung mit den Ländern die öffentlichen Förderungsprogramme zu vereinheitlichen, ihre Effizienz zu verbessern und den Vollzug für den Bürger überschaubarer und unbürokratischer zu gestalten.

Bonn, den 22. Januar 1979

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion